

VERDINGKINDER

Das Leid anerkennen

Was lange ein Tabu war, könnte bald möglich werden: Verdingkinder und Opfer von staatlichen Zwangsmaßnahmen sollen finanziell entschädigt werden für das Leid, das ihnen angetan wurde. Wie konnte das möglich werden?

von Sarah Jäggi | 10. April 2016 - 10:56 Uhr

© Paul Senn, FFV, Kunstmuseum Bern, Depositum Gottfried-Keller-Stiftung

Knaben aus der Erziehungsanstalt Sonnenberg bei der Arbeit, Kriens, Kanton Luzern, 1944

Guido Fluri empfängt in Cham. Er bittet an einen langen Holztisch in seinem großen Büro und tut, was er in den letzten beiden Jahren unaufhörlich getan hat: Er redet. Und redet. Sein Schreibtisch steht verlassen in einer Ecke, den Bürostuhl hat ein dicker, grauer Kater eingenommen. Kein Wunder, der Multimillionär hat kaum Zeit, sich um seine Geschäfte zu kümmern. Das tun seine CEOs in den verschiedenen Firmen. Sie bewirtschaften Immobilien, kümmern sich um Modelabels, die Miss-Schweiz-Wahlen und vieles mehr, was zum Imperium des 49-Jährigen gehört. Er aber widmet sich einer anderen, viel wichtigeren Sache: der Wiedergutmachung. Mit einer Volksinitiative will er den Opfern fürsorglicher Zwangsmaßnahmen zu ihrem Recht verhelfen: mit wissenschaftlicher Aufarbeitung und Geld; einer symbolischen Summe als Anerkennung für das Leid, das ihnen bis in die 1980er Jahre angetan wurde.

Das Engagement, zu dem auch gehört, dass er eine Gedenkstätte errichten ließ und Betroffenen unkompliziert mit Geld aushilft, kostet ihn seit zwei Jahren 60 Prozent seiner Zeit. Und viel Geld. "Schreiben Sie 'mehrere Millionen', dann liegen Sie nicht falsch."

Am 26. April entscheidet sich, ob sich der Aufwand lohnt hat. Dann behandelt der Nationalrat die Wiedergutmachungsinitiative – zusammen mit dem indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats, der sich nur vermeintlich von der Initiative unterscheidet, im Kern aber dasselbe will: im Schnitt 25.000 Franken für jedes Opfer. Dass die Initiative 500 Millionen Franken fordert, der Bundesrat aber nur 300 Millionen, ergibt sich allein daraus, dass Fluri und seine Mitstreiter großzügig rechneten und von 20.000 Betroffenen ausgingen, die Bundesbeamten aber nur von 12.000 bis 15.000.

Es sieht gut aus für den Gegenvorschlag. Doch Fluri sagt: "Man darf sich nie sicher sein." Zu viele Politiker seien "in parteipolitischen Zwängen gefangen". Und zu oft habe er den Satz gehört, der für ihn nichts als "ein Schutzargument" ist: "Leid kann man nicht gegen Geld aufwiegen."

Jahrelang hat dieser Satz die politische Debatte geprägt. Auch dann noch, als längst klar war, dass die Opfer fürsorglicher Zwangsmaßnahmen rehabilitiert werden sollen. Der Prozess wurde 2011 durch eine parlamentarische Initiative des damaligen SP-Nationalrats Paul Rechsteiner angestoßen. Eine unabhängige Expertenkommission ist inzwischen

daran, einen Teil dieser Geschichte wissenschaftlich aufzuarbeiten. Im Frühling 2013 entschuldigte sich Simonetta Sommaruga im Namen des Bundesrates für das große Leid, das in der Vergangenheit Tausenden angetan wurde.

Die aktuelle ZEIT können Sie am Kiosk oder hier erwerben.

Dieser Artikel stammt aus der Schweiz-Ausgabe der ZEIT Nr. 16 vom 7.4.2016. Sie finden diese Seiten jede Woche auch in der digitalen ZEIT.

Aber Geld? "Eine Wiedergutmachung finanzieller Art (...) lehnt die Kommission hingegen ab", schreibt noch im September 2013 die Rechtskommission des Nationalrates.

Für den Solothurner FDP-Politiker Kurt Fluri gilt im Prinzip noch immer: Geld ist bei diesem Thema fehl am Platz. "Juristisch gesehen wäre die Sache eigentlich klar: Die Initiative ist unhaltbar, genauso wie der Gegenvorschlag", sagt er. Juristisch korrekt müsste in jedem einzelnen Fall bewiesen werden können, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen dem Unrecht, das einem Menschen in der Vergangenheit angetan wurde, und dem Schaden, den er daraus erlitten hat. "Das aber ist unmöglich. Nicht nur, weil die meisten Fälle verjährt sind, sondern auch, weil vieles nach damaligem Recht korrekt war", sagt Nationalrat Kurt Fluri.

Dieses Argument und die Angst von Politikern, mit einer finanziellen Entschädigung ein Präjudiz zu schaffen, das andere Opfergruppen auf den Plan rufen könnte, brachten Guido Fluri im Herbst 2013 dazu, selber aktiv zu werden. "Der Entscheid fiel in einer Nachtübung, morgens um drei, ich stand auf, weil ich nicht mehr schlafen konnte. Und ich sagte mir: So geht es nicht!"

Zu gut konnte er sich in die Menschen einfühlen, die als Kinder auf Bauernhöfe verdingt wurden, zwangssterilisiert, in der Psychiatrie versorgt oder in Heime abgeschoben. So wie er selber.

In Olten geboren als uneheliches Kind einer 17-Jährigen, wurde Guido Fluri, wann, weiß er bis heute nicht, nach Mümliswil in ein Kinderheim gebracht. Dort hat er seine Kindheit verbracht und drei Dörfer weiter in Matzendorf die Schule besucht. "Da hast du dich geschämt und einen roten Kopf gekriegt, wenn du in der Schule beim Einschreiben wieder gefragt wurdest: Wie heißt der Vater – und man keine Antwort hatte." Erzählt er von damals, geht ihm kein "ich" über die Lippen. Er scheint erst zu existieren, wenn er von seinem Aufstieg berichtet, von Selbstreflexion, Therapie und seinem Erfolg als Geschäftsmann und Investor.

Pickelhart sei es gewesen, die Politiker zu überzeugen

Eigentlich spricht alles gegen die Initiative. Die Menschen, die von ihr profitieren werden, sind politisch ungefährlich, sie haben weder Macht noch Einfluss. Lange sah es danach aus, als würde sich das Problem eines Tages von selber lösen, wenn das letzte Opfer aus dieser Zeit gestorben ist.

Trotzdem: Ende Monat dürfte der Nationalrat und im Sommer der Ständerat das Wunder der Wiedergutmachung perfekt machen. Wie wurde das möglich?

Da ist zuerst einmal das Geld, das Fluri in das Thema gesteckt hat. Mit diesem kauft er sich die Dienste der einflussreichen PR-Agentur Furrer Hugli; an sie delegiert er einen beträchtlichen Teil der Arbeit, bis hin zur Autorisierung seiner Zitate.

Die Knochenarbeit aber macht er selber. "Pickelhart" sei es gewesen, durch das Land zu weibeln und die Politiker davon zu überzeugen, "dass es nicht darum geht, Leid gegen Geld aufzuwiegen, sondern darum, ein Zeichen zu setzen. Als Anerkennung für ihr Leid. Aus Solidarität." Sein größtes Kapital aber sind die erschütternden Geschichten der Betroffenen. "Man kann die Menschen nur emotional abholen", sagt Fluri, "und darin sehe ich meine Aufgabe."

Fluri, der Multimillionär, wird zum glaubwürdigsten Anwalt einer traurigen Vergangenheit, die auch seine eigene ist. Er öffnete einem Politiker nach dem anderen das Herz, darunter manch einem der FDP und der SVP, die dem Anliegen stets mit größter Skepsis begegnet waren. Genauso wie die Bauern, auf deren Höfen in der Vergangenheit Tausende verdingt und unter unmenschlichen Bedingungen arbeiten mussten. Fluri holt sie an Bord, weil er sich weigerte, nach Schuld zu fragen. Viel lieber sagt er: "Bei Gott, nicht jedes Verdingkind hatte es schlecht in der Landwirtschaft!" Der Bauernverband dankt es ihm – und unterstützt nun den Gegenvorschlag.

Genauso delikat war die Überzeugungsarbeit der katholischen Schweiz. Wie beiläufig erwähnt er, dass er zwar kein regelmäßiger Kirchgänger sei, aber doch nach christlichen Werten lebe und dass er weit davon entfernt sei, "in jedem Priester einen Sönnigell" zu sehen.

Kein Aufwand ist Fluri zu groß, kein Weg zu lang. Im März 2015 reist er mit zwei Geschwistern, die als Kinder in kirchlich geführten Heimen misshandelt wurden, in den Vatikan, "um ein Signal an die christlichen Parlamentarier zu senden". Im Herbst ist klar: Auch die CVP kann sich für den Gegenvorschlag erwärmen.

Die Erfinder der Initiative: Journalisten der Zeitschrift "Beobachter"

Guido Fluri ist der Initiator der Wiedergutmachungsinitiative. Ihr wichtigster Botschafter, ihr Financier, das Aushängeschild. Die Erfinder aber sind andere: Journalisten des *Beobachters*.

Angefangen hat es 2008 mit einem Artikel über Ursula Biondi. Ihr Schicksal avancierte zum medialen Schlager, mehr als 130-mal wurde seither über die Frau berichtet, die vor 40 Jahren ein Jahr lang in der Strafanstalt Hindelbank inhaftiert war, ohne etwas verbrochen zu haben. "Auf eine Entschuldigung wartet sie bis heute", schrieb Journalist Dominique Stöckli damals. Zusammen mit Otto Hostettler holte er das verschüttete Thema an die Oberfläche. Mit jedem Artikel meldeten sich neue Betroffene, riefen an, manchmal

täglich. "Das geht bis heute so", sagt Otto Hostettler und erzählt, wie seine Redaktion zur Anlaufstelle wurde.

Und die Journalisten? Sie wurden zu Aktivisten und begannen selber Druck zu machen. 2010 publizierten sie unter dem Titel *Wiedergutmachung, aber richtig!* einen Katalog, in dem sie zehn Forderungen stellten. Von "Der Staat muss sich bei allen entschuldigen" über "Es braucht einen großzügigen Fonds zur Entschädigung Betroffener" bis hin zu "Ein Kapitel in den Schulbüchern".

Jahre später bekam Hostettler einen Anruf von einem Mann, von dem er nie zuvor gehört hatte: Guido Fluri. "Zuerst war ich skeptisch, als er sagte, dass er sich für die Verdingkinder engagieren wolle." Bald fand ein Treffen statt, einige Monate später waren die Unterschriftenbögen für die Wiedergutmachungsinitiative gedruckt und bereit, an alle Abonnenten des *Beobachters* verschickt zu werden. Die Zeitschrift ist seither offizieller Medienpartner.

Darf anwaltschaftlicher Journalismus so weit gehen? Für Hostettler ist dies – bei diesem Thema – keine Frage: "Da sehe ich keinen Konflikt. Wir geben jenen eine Stimme, die sonst keine haben. So wie das der *Beobachter* tut, seit es ihn gibt. Außerdem sitze ich nicht im Initiativkomitee." Das tut an seiner Stelle der Geschäftsführer des Verlags.

Noch bleiben zwei Wochen bis zur Debatte im Nationalrat. Guido Fluri mag nicht davon sprechen, ob er die Initiative zurückzieht. Noch stehen zu viele Namen auf seiner Liste. Leute, die er überzeugen will. Unentschlossene, Hartnäckige, Unantastbare.

Kurt Fluri muss er nicht mehr zum Mittagessen einladen. "Ich werde am 26. April meinen juristischen Sachverstand ausschalten, beide Augen zudrücken und dem Gegenvorschlag zustimmen", sagt er. Ja, er werde sich hüten, das Geschäft noch einmal grundsätzlich infrage zu stellen. "Gegen die moralische Stärke dieser Initiative kommt man mit keinem rationalen Argument an", sagt er. "Und seien wir ehrlich: Welcher Politiker könnte den Betroffenen nach der Ratsdebatte noch in die Augen schauen, wenn wir ihnen dieses Geld verweigern würden?" Denn etwas sei ja heute unbestritten: "Dass es furchtbar ist, was passiert ist."

Bleibt also die SVP. Möchte man meinen. Bis man Fraktionspräsident Adrian Amstutz am Telefon hat. Der Mann, nie verlegen, die Dinge beim Namen zu nennen, sagt: "Es gibt Themen, da sind die Meinungen sonnenklar. Doch die Wiedergutmachungsfrage ist kein solches." Und hängt auf.

Bereits im nächsten Frühjahr könnten die ersten Geldbeträge an Betroffene ausbezahlt werden. "Viele werden glücklich sein, dass sie die Anerkennung erhalten, auf die sie so lange gewartet haben", sagt Fluri. Und die andern? "Manche werden in ein Loch fallen. Weil der Kampf, den sie ein Leben lang geführt haben, zu Ende geht."

Für Guido Fluri wird sich nicht viel ändern. Er wird ein Getriebener bleiben. Ein Betroffener. Aber kein Opfer. Als solches hat er sich nie gefühlt.

Hinweis: In der ursprünglichen Version des Textes war ein inhaltlicher Fehler zum Fall Ursula Biondi. Diesen Fehler haben wir korrigiert. Wir bitten um Entschuldigung.

COPYRIGHT: ZEIT ONLINE

ADRESSE: <http://www.zeit.de/2016/16/verdingkinder-kinderarbeit-entschaedigung-schweiz>